

Ortstermin Pressegespräch: 15.09.2020 im Stadtwald Lohr a.Main

BN, ÖJV und Waldbesitzer: Jagd muss mehr Verantwortung übernehmen **Bundesjagdgesetz: Jagd muss Wald helfen**

Zur anstehenden Novelle des Bundesjagdgesetzes betonen die Waldbesitzer, wie auch die Stadt Lohr a.Main, die BN-Kreisgruppe Main-Spessart und der ÖJV Unterfranken, dass der Wald mehr Unterstützung durch die Jagd braucht. Die Klimakrise setzt den Wäldern deutschlandweit massiv zu, auch im Landkreis Main-Spessart kommt es zu einem „Baumsterben 2.0“. Wenn die alten Bäume und Wälder „oben“ absterben oder vom Sturm geworfen werden, ist es verheerend, wenn „unten“ nichts nachwächst oder nur ungeeignete Baumarten“, so Rückert. „Der Wald verträgt, um sich kontinuierlich und gemischt zu erneuern, als Wild-Lebensraum nur eine begrenzte Menge an Rehen“, sind sich Raue, Rückert und Scheiner einig. „Vielerorts gibt es aber noch zu viel Rehe, die die jungen Bäume verbeißen und deshalb im Bestand reduziert werden müssen.“ „Wir appellieren an die Abgeordneten im Bundestag, aber auch im Bayerischen Landtag, sich beim Bundesjagdgesetz dafür einzusetzen, dass die Jagd gerade in der Klimakrise mehr Verantwortung für die Waldverjüngung übernimmt“, so Raue vom ÖJV und Scheiner vom BN, auch im Namen vieler Waldbesitzer. Mit diesem Ziel hat der ÖJV auch die Initiative [hunting4future¹](https://www.hunting4future.org) auf den Weg gebracht. „Die guten Ansätze im Bayerischen Jagdgesetz beim Waldverjüngungsziel, bei den revierweisen Forstlichen Gutachten und bei der behördlichen Abschussplanung müssen bewahrt und weiterentwickelt werden.“ Der Mitte Juli vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte Gesetzentwurf wird dieser Verantwortung nicht oder nur teilweise gerecht und muss deshalb nachgebessert werden.

Wegen Klimakrise sind großflächig Waldverjüngungen notwendig

Durch die Klimakrise forciert wird auf riesigen Flächen eine Waldverjüngung notwendig sein. Beim Nationalen Waldgipfel wurden ca. 180.000 Hektar als Schädflächen im Wald auf Bundesebene benannt. Mittlerweile haben sich die Flächen noch mal um über 50 Prozent erhöht und es geht rasant weiter. In diesen stark geschädigten Wäldern wird es in den nächsten Jahren zentral darum gehen, eine neue Waldgeneration auf riesigen Flächen auf den Weg zu bringen, die dem Klimawandel möglichst gut gewachsen ist. Aber auch auf der übrigen Waldfläche muss in den labilen Kiefern- und Fichtenwäldern auf möglichst großen Flächen eine Naturverjüngung, ggfs ergänzt durch Pflanzungen auf den Weg gebracht werden, bevor die Wälder weiter absterben.

¹ <https://www.hunting4future.org>

BUND Naturschutz
Kreisgruppe Main-Spessart
Erwin Scheiner
Vorsitzender
Südring 2
97828 Marktheidenfeld
Tel. 09391 8892
Fax 09391 9198298
bn-msp@t-online.de

www.main-spessart.bund-naturschutz.de

Marktheidenfeld/Lohr,
15.09.2020

Zu viel Rehe verhindern aktuell noch Verjüngungen von Eiche, Tanne & Co.

In vielen Waldgebieten Deutschlands, Bayerns und Frankens gelingt es seit vielen Jahren nicht, dass eine naturnahe Waldverjüngung aufwachsen kann, weil überhöhte Wildbestände an Rehen, örtlich auch Hirsche und im Gebirge die Gamsen dies verhindern. In Bayern werden nach den amtlichen Forstlichen Gutachten auf fast 50 Prozent der Waldfläche gerade die in der Klimakrise wichtigen Baumarten wie z.B. Eiche und Weißtanne von den genannten Schalenwildarten regelmäßig abgefressen und somit am Aufwachsen gehindert. Deutschland weite Bewertungen gehen von einem hohen dreistelligen Millionenbetrag des gesamten Wildschadens für die Forstwirtschaft aus – pro Jahr! Dadurch wird Waldeigentum massiv geschädigt! Gerade die Baumarten, die an Trockenheit und Hitze besser angepasst sind, wie die Eiche in den tieferen Lagen Frankens oder die Weißtanne im Gebirge und Mittelgebirgen, fallen bei zu hohem Verbiss oft völlig aus.

Deshalb braucht es in einer Situation, in der viele Wälder um ihr Überleben kämpfen, Verbesserungen im Jagdrecht auf Bundesebene.

Wald braucht in der Krise mehr Unterstützung durch die Jagd

Oberstes Ziel der Jagd muss in Zukunft das Gelingen des Waldumbaus für die Erhaltung der Wälder sein, nicht nur mehr die Vermeidung betrieblicher und wirtschaftlicher Schäden. Der pflichtbewusste Jäger soll für sein Handeln größere Freiheiten bekommen.

Für die anstehende Novelle des Bundesjagdgesetzes fordern der BN, der ÖJV und die Waldbesitzer, hier vertreten durch die Stadt Lohr a.Main, drei zentrale Grundsätze im Bundesjagdgesetz neu zu verankern bzw. zu verstärken. In dem **Waldverjüngungsziel** ist zu verankern, dass die Hege und Bejagung (also die Jagd) die Verjüngung aller standortheimischen und standortgemäßen Baumarten im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen ermöglichen muss. Damit wird die gute Regelung aus dem Bayerischen Jagdgesetz aufgegriffen und an die Herausforderungen der Klimakrise angepasst. Als entscheidende Grundlage für die Abschussfestlegung für Schalenwild müssen **für alle Jagdreviere Revier weise Forstliche Aussagen** eingeführt werden, die durch hegegemeinschaftsweise Forstliche Gutachten ergänzt werden. An einer **behördlichen Abschussplanung** für Rehe soll wie bisher festgehalten werden, weil die Regulierung dieses Schalenwildes im Interesse des Gemeinwohls (Schutz der Artenvielfalt, Erhalt der Wälder und ihrer Schutzfunktionen) und der Waldbesitzer liegt. Ein Wegfallen der Obergrenze und behördlich festgelegte Mindestabschusspläne bis zum Erreichen einer waldverträglichen Situation wären eine gute Möglichkeit. Gerade die kleinen Waldbesitzer in den Jagdgenossenschaften brauchen die fachliche Unterstützung durch die Forst- und Jagdbehörden bei der Abschussplanung auf Basis der forstlichen Gutachten. Mit den angekündigten Hilfsmitteln in Höhe von 800 Mio. € auf Bundesebene werden in erheblichem Um-

**BUND Naturschutz
Kreisgruppe Main-Spessart**

Erwin Scheiner

Vorsitzender

Südring 2

97828 Marktheidenfeld

Tel. 09391 8892

Fax 09391 9198298

bn-msp@t-online.de

www.main-spessart.bund-naturschutz.de

Marktheidenfeld/Lohr,

15.09.2020

fang Steuermittel für die finanzielle Förderung von Pflanzmaßnahmen und Wildschutzmaßnahmen eingesetzt. „Hunderte von Millionen an Steuermitteln sollen kein Rehfutter, sondern zukunftsweisende Investitionen in klimastabile Wälder von Morgen werden“, so Erwin Scheiner vom BN Main-Spessart und Jochen Raue vom ÖJV. Daraus ergibt sich eine zwingende Notwendigkeit für eine behördliche Mindestabschussplanung für Schalenwild, das den privaten Interessen der Waldbesitzer und den verantwortungsbewussten Jägern Rechnung trägt, aber auch das öffentliche Interesse entsprechend berücksichtigt. Daneben sollen **weitere wichtige Themen** im Bundesjagdgesetz festgeschrieben werden, wie die Verkürzung der Mindestpachtzeiten von Jagdrevieren, die zeitweise Duldung überjagender Hunde bei den Bewegungsjagden im Herbst und Winter, die Synchronisierung der Jagdzeiten auf alles Schalenwild- auch unter Berücksichtigung entsprechend aktueller klimatischer Entwicklungen, ein grundsätzliches Fütterungsverbot, die Flexibilisierung der Abschussplänen besonders beim Rehwild oder das Verbot von Bleimunition.

Für Rückfragen:

Bernhard Rückert, Städt. Forstverwaltung Lohr a.Main

Erwin Scheiner, BN-Kreisgruppe Main-Spessart

Jochen Raue, ÖJV-Bez.Gruppe Unterfranken

**BUND Naturschutz
Kreisgruppe Main-Spessart**

Erwin Scheiner

Vorsitzender

Südring 2

97828 Marktheidenfeld

Tel. 09391 8892

Fax 09391 9198298

bn-msp@t-online.de

www.main-spessart.bund-naturschutz.de

**Marktheidenfeld/Lohr,
15.09.2020**